

Ministerium für Schule und Bildung
z.Hd. Herrn Staatssekretär Mathias Richter
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Stellungnahme der DVPB NW zum Kernlehrplan „Wirtschaft-Politik“ für die Sekundarstufe I am Gymnasium

Die DVPB NW bringt der schwierigen Arbeit der Lehrplankommission große Wertschätzung entgegen. Die nachfolgend thematisierten Verbesserungsbedarfe des Kernlehrplans betrachten wir unter anderem als Folge der einseitigen Neuausrichtung des Kernlehrplans, die zu Lasten der politischen und der gesellschaftlichen Bildung gehen. Der Kompetenzerwerb wird hier auf ‘Grundlagen’ reduziert.

Die DVPB NW begrüßt es, dass im Grundsatz an der nordrhein-westfälischen Tradition eines sozialwissenschaftlich integrierten Unterrichtsfaches festgehalten wird. Damit behält das Curriculum weiterhin Anschluss an die internationale Curriculumentwicklung der Gesellschaftswissenschaften, in der disziplinäre Fächerstrukturen im Sinne einer wirksamen Kompetenzentwicklung der LernerInnen zunehmend aufgebrochen werden.

Positiv wird die Orientierung am Konzept der „Mündigkeit“ im Kernlehrplanentwurf gesehen. Problematisch ist jedoch, dass das Leitziel der Mündigkeit auf „ökonomische und politische“ Handlungsweisen reduziert wird (S. 7, 8). Diese Verengung führt zu einer inkonsistenten Operationalisierung der abgeleiteten Kompetenzziele. Zu begrüßen sind hier weiterhin die neuen Konkretisierungen der Prüfungsformen (S. 42), welche aber aufgrund der Kompetenzziele ebenfalls inkonsistent sind.

Deutsche Vereinigung für Politische
Bildung Nordrhein-Westfalen e.V.
– *Der Fachverband für politische
und ökonomische Bildung!*

Der Vorstand

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen
Landesvorsitzende

bettina.zurstrassen@dvpb-nw.de

Thorsten Obel
Landesgeschäftsführer

geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Postfach 100352
47003 Duisburg

Duisburg, 03.04.2019

Steuernummer:
109/5849/0584
Finanzamt Duisburg-Süd

Bankverbindung:
dvpb-nw e.v.
Stadtsparkasse Duisburg
DE29 3505 0000 0231 0013 48
DUISDE33XXX

Beirat:
Prof. em. Dr. Sibylle Reinhardt
Universität Halle a.d.S.
Maria Springenberg-Eich
Landeszentrale pol. Bildung NRW
Prof. Dr. Helmut Bremer
Universität Duisburg/Essen
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer
Universität Bielefeld
Michael Hirz
Journalist

Begründungen und Forderungen im Einzelnen

1. Politisches und gesellschaftliches Lernen wird auf 'Grundlagen' reduziert

Gesellschaftliche Herausforderungen und Lebenssituationen in den durch Krisen, Umbrüchen und im hohen Maß von Pluralität und Interdependenz gekennzeichneten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts orientieren sich nicht an wissenschaftlichen Disziplinen, sondern können nur durch interdisziplinäre Analysen wirksam erfasst und bewältigt werden.

Aus dieser Perspektive stellt der neue KLP im Vergleich zu den bisherigen Bildungsplänen, auch im Vergleich zum derzeit noch gültigen Lehrplan, einen dramatischen Rückschritt dar.

So wird politisch-demokratisches Lernen auf den Erwerb von 'Grundlagen' reduziert (S. 8). Gesellschaftliches, soziales Lernen findet in der Definition des „Bildungsauftrags“ überhaupt keine Erwähnung mehr: „In der Sekundarstufe I des Gymnasiums hat das Fach Wirtschaft-Politik die Aufgabe, bei den Schülerinnen und Schülern ökonomische und politische Mündigkeit zu entwickeln“ (S. 7).

Die Landesregierung ignoriert damit nicht nur die Herausforderungen einer umfassenden Demokratiebildung in der heutigen Schule und die entsprechend immer wieder von Schülerinnen und Schülern in vielfältigen Stellungnahmen und Umfragen artikulierten Forderungen nach mehr politischer und gesellschaftlicher Bildung. Sie handelt auch wider den KMK-Beschlüssen zur politisch-demokratischen Bildung und wieder der eigenen Regierungs- und Wahlprogramme. Im CDU-Regierungsprogramm wird ausgeführt: „Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulformen verstärkt über unseren Staatsaufbau, die Grundwerte und Rechte in unserer Demokratie aufgeklärt wird. Demokratie braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die unsere Grundwerte leben“ (Regierungsprogramm 2017, S. 54).

Politisch-demokratisches Lernen wird im neuen Kernlehrplan aber als nachrangig definiert, was sich auch in der neuen Fachbezeichnung „Wirtschaft-Politik“ zeigt. Die neue Fachbezeichnung widerspricht darüber hinaus auch dem Wahlprogramm der FDP. Dort ist von einem Unterrichtsfach „Politik, Wirtschaft, Recht“ in der gesamten Sekundarstufe I die Rede (FDP NW, Wahlprogramm, S. 11).

Forderung

Die DVPB NW fordert, dem im CDU-Regierungs- bzw. im FDP-Wahlprogramm formulierten eigenen Anspruch einer demokratischen Wertebildung gerecht zu werden und eine fundierte politisch-demokratische, gesellschaftliche Bildung im Kernlehrplan zu verankern, die über 'Grundlagen' hinausgeht. Wir erinnern die Landesregierung daran, dass diese in der NRW-Landesverfassung verankert ist:

Art. 7 (2) „Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

Ferner soll die bisherige Fachbezeichnung „Politik/Wirtschaft“ beibehalten werden, um der besonderen Bedeutung der Politischen Bildung für die Demokratie gerecht zu werden.

Der Bildungsauftrag soll wie folgt geändert werden: „In der Sekundarstufe I des Gymnasiums hat das Fach Wirtschaft-Politik die Aufgabe, bei den Schülerinnen

und Schülern politische, ökonomische und gesellschaftliche Mündigkeit zu entwickeln“ (S. 7).

2. Der Kernlehrplan fällt auf der Inhaltsebene und hinsichtlich des fachlichen Anspruchs hinter dem internationalen Diskussionsstand zurück

Die Aushöhlung eines integrierten politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Lernens, die sich im Kernlehrplan abzeichnet, ist sachlich in keiner Weise begründbar und vertretbar. Hier fällt der Kernlehrplan deutlich hinter dem aktuellen internationalen Diskussionsstand in der sozialwissenschaftlichen Bildung sowie in der Bildungspolitik insgesamt zurück. In der Studie „The Future we want. The Future of Education and Skills – Education 2030“ listet die OECD drei gesellschaftliche Herausforderungen auf, zu deren Bewältigung das Bildungssystem die Schülerinnen und Schüler befähigen soll. Hier wird überdeutlich, dass ökonomische, politische und gesellschaftliche Herausforderungen verbunden behandelt werden müssen:

“A first challenge is environmental: e.g.

- Climate change and the depletion of natural resources require urgent action and adaptation.

A second challenge is economic: e.g.

- Scientific knowledge is creating new opportunities and solutions that can enrich our lives, while at the same time fuelling disruptive waves of change in every sector. Unprecedented innovation in science and technology, especially in bio-technology and artificial intelligence, is raising fundamental questions about what it is to be human. It is time to create new economic, social and institutional models that pursue better lives for all.
- Financial interdependence at local, national and regional levels has created global value chains and a shared economy, but also pervasive uncertainty and exposure to economic risk and crises. Data is being created, used and shared on a vast scale, holding out the promise of expansion, growth and improved efficiency while posing new problems of cyber security and privacy protection.

A third challenge is social: e.g.

- As the global population continues to grow, migration, urbanisation and increasing social and cultural diversity are reshaping countries and communities.
- In large parts of the world, inequalities in living standards and life chances are widening, while conflict, instability and inertia, often intertwined with populist politics, are eroding trust and confidence in government itself. At the same time, the threats of war and terrorism are escalating.”

Quelle:

[https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20\(05.04.2018\).pdf](https://www.oecd.org/education/2030/E2030%20Position%20Paper%20(05.04.2018).pdf),
S. 3.

Die OECD betont nicht nur die Vernetztheit der gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Herausforderungen, sondern benennt explizit auch soziale/gesellschaftliche Herausforderungen als Gegenstand von Bildungsprozessen, die im Kernlehrplanentwurf dagegen vielfach nicht berücksichtigt werden. Es fällt auf, dass gesellschaftliche Phänomene, z.B. soziale Ungleichheit, Diversität und Polarisierung/Extremismus im Kernlehrplan vernachlässigt oder ganz ausgelassen werden.

Das Thema Extremismus wird z.B. lediglich im Inhaltsfeld 2 „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“ (am Ende der Sek. I) als ein Teilbereich von fünf aufgeführt: „(E)rläutern Ursachen von politischem Extremismus und Terrorismus“ (S. 31). Im Unterricht der Erprobungsstufe ist diese gesellschaftliche Herausforderung nicht vorgesehen (siehe S. 22), obwohl gerade in diesen Jahrgangsstufen (Jg. 5 und 6) Maßnahmen der Extremismus- und Antisemitismusprävention, der Rassismuskritik, des Diversity-Lernens und der Identitätsbildung ansetzen müssen.

Zwar können die Schulen „Schwerpunkte“ setzen (S.9), damit wird aber die fundierte schulische Auseinandersetzung mit der Problematik des Extremismus, des Populismus und Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dem Zufall überlassen.

Der Kernlehrplanentwurf sieht bei vielen Inhalten zudem eine dominant theoretisch-kognitive, zum Teil auch eine rein abbilddidaktisch-deskriptive Auseinandersetzung mit zentralen Inhalten der politisch-demokratischen und der ökonomischen Bildung vor. Exemplarisch hierfür steht, die im Kernlehrplanentwurf dargestellte Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Herausforderung „Extremismus und Terrorismus“. So kommt das Problem des Extremismus im Bereich der Urteilskompetenz nicht vor (S. 31).

Des Weiteren irritiert, dass angesichts der Digitalisierung und der hiermit einhergehenden ökonomischen Transformation, die enorme Auswirkungen auf die Lebensgestaltung der BürgerInnen haben werden, das Thema „Berufsorientierung und Arbeitswelt“ randständig im Kernlehrplanentwurf verankert ist. Stattdessen sollen sich die SchülerInnen mit betriebswirtschaftlichen Inhalten wie „Beschaffung und Absatz“ in der gymnasialen Mittelstufe auseinandersetzen. Der Kernlehrplanentwurf ignoriert hier die Lebenswelt und Orientierungsbedürfnisse der SchülerInnen. Der Lehrplan ist an dieser Stelle nicht ausgewogen ausgestaltet.

Forderung

Die DVPB NW fordert eine grundständige Verankerung gesellschaftswissenschaftlicher Inhalte, Theorien und Methoden im Kernlehrplan, damit gesellschaftliche Herausforderungen wie Extremismus, soziale Ungleichheit, sozialer und sozio-ökonomischer Strukturwandel, Nachhaltigkeit angemessen dargestellt, analysiert und kritisch reflektiert werden können.

Hier eröffnet vor allem auch die soziologische Perspektive den Lernenden die Fähigkeit, gesellschaftliche Prozesse analysieren und verstehen zu können sowie sich selbst dazu verorten zu können. Angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Herausforderungen, Umbrüche und Konflikte, die soziale Unsicherheiten und Ängste erzeugen, welche sich auch in Demokratieverdruss manifestieren, ist es unverantwortlich, die Dimension „Gesellschaft“ im gymnasialen Lehrplan derart zu beschneiden.

Wir erinnern hier zudem daran, dass Ministerin Gebauer die Schule als den Integrationsort Nummer 1 bezeichnet hat.

Die DVPB NW fordert eine strikte Orientierung des Kernlehrplans an der Lebens- und der zukünftigen Berufswelt der SchülerInnen und ihren Lern- und Orientierungsbedürfnissen. Ökonomische Inhalte des Lehrplanes sollten unbedingt auf ih-

ren Bildungsgehalt hin überprüft werden. Das gilt vor allem auch für die Gewichtung der unternehmensbezogenen Fachinhalte gegenüber den im Jugendalter relevanteren Fragen der Berufsorientierung sowie allgemeinen Werteorientierung.

3. Unausgewogene Kompetenzzielbestimmung und Inkongruenz mit Überprüfungsformen

Im Lehrplanentwurf sind Inhaltsfelder nicht stimmig mit den Kompetenzzielen verbunden. Unverständlich ist die Favorisierung von Sach- und Urteilskompetenz gegenüber der Methoden- und Handlungskompetenz. Diese führt zu einem kognitionslastigen curricularen Gesamtprogramm, in dem SchülerInnen nur begrenzt als Handelnde und Partizipierende vorkommen.¹ Überraschend ist im Bereich der Handlungskompetenzen auch, dass SchülerInnen eigene Positionen ausschließlich „strategisch“ vertreten lernen (S. 28), der intrinsische Wert einer freien Meinungsäußerung im demokratischen Dialog scheint hier schon entkernt und zugunsten einer Logik der Funktionalität und Effektivität gewichen zu sein. Aber auch die Urteilskompetenz ist, wie oben bereits erwähnt, nicht systematisch auf alle Gegenstände hin ausgearbeitet, z.B. kommt das Problem des Extremismus als Urteilsfrage nicht vor.

Die Favorisierung von Sach- und Urteilskompetenz gegenüber der Methoden- und Handlungskompetenz unterläuft das grundsätzliche Mündigkeitssziel des KLP. Zudem ist die ungleiche Gewichtung der Methoden- und Handlungskompetenzen nicht mit den neuen Gestaltung- und Handlungsaufgaben kompatibel (s. 43), die genau diese Kompetenzen zukünftig wirksamer abprüfen sollen. Es bleibt offen, wie die domänenspezifische Lernprogression im Fach ausgestaltet ist/wird/werden soll?

Dass der Digitalisierung im Kernlehrplan eine große Bedeutung zugemessen wird, wird begrüßt. Die Digitalisierung ist aber als technologische Entwicklung nicht singulär, daher sollten auf der Inhaltsebene auch andere Herausforderungen der technologischen Entwicklung differenzierter thematisiert werden. Dies gilt z.B. für den Bereich der Biotechnologie, wo ebenfalls tiefgreifende gesellschaftliche Auswirkungen anstehen, die in Schulen im Sinne einer grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftsethischen Debatte thematisiert werden müssen.

4. Bedeutung der Politik in der Gesellschaft wird im Kernlehrplanentwurf kaum konturiert

Die Einführung in das politische System im neuen Inhaltsfeld 2 erinnert an eine alte Staatsbürgerkunde, das Thema politische Partizipation in der Demokratie kommt im Lehrplan nirgendwo explizit vor. Es ist ersetzt durch zivilgesellschaftliche Partizipation und einen unklaren „Teilhabe“-Begriff, der wissenschaftlich nicht fundiert ist. Demokratische Partizipation angesichts von Fake-News, sozio-ökonomischen und politischen Herausforderungen der Globalisierung wird überhaupt nicht thematisiert. Die Europäische Union erscheint im Wesentlichen als Wirtschaftsunion: „Identitätsfragen“ der europäischen Integration gelten als wissenschaftlich nicht zentral angesichts der demokratischen Legitimationsprobleme europäischer Politik inner- und außerhalb des Euro-Raumes. Die Insti-

¹ Der Umgang mit dem Begriff „Staatsbürger“ sollte durchgehend überprüft werden, da in der Schulform Gymnasium auch LernerInnen ohne die deutsche Staatsangehörigkeit unterrichtet werden.

tutionenfokussierung des Inhaltsfeldes 11 auf internationale Organisationen der globalen Nachkriegsordnung erscheint angesichts der heutigen kommunikativen, migratorischen und ökologischen globalen politischen Prozesse und Bedrohungen wie aus der Zeit gefallen.

Auch bei der gesellschaftlichen Herausforderung „Nachhaltigkeit“, die im Kernlehrplan prominent aufgegriffen wird, zeigt sich bei näherer Betrachtung eine deutliche Schiefelage, denn die Politik (nationale Regierungen und supranationale Organisationen wie z.B. die EU) wird bei dieser gesellschaftlichen Herausforderung, wie auch vielen anderen Inhaltsfeldern, kaum als „gestaltende Kraft“ erwähnt. So wird z.B. die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderung „Nachhaltigkeit“ vornehmlich an die VerbraucherInnen (S. 16) und in Teilen an die Unternehmen adressiert. Politisch-ökonomische Bildung, die ein derartiges Politikverständnis verfolgt, birgt die Problematik, die gesellschaftliche Entwicklung des Infragestellens von Parlamenten, von Parteien und der Demokratie sowie die Politikverdrossenheit zu verstärken (siehe hierzu auch Faus/Storks 2019, S. 16).²

Forderung

Die politisch-bildenden Inhalte des Lehrplanentwurfes sind zu kognitionorientiert, die handlungsrelevanten Aspekte des Politischen und des Sozialen müssen auch mit Bezug auf die Lebenswelt der Lernenden und den Erwerb von entsprechenden Kompetenzen zur Partizipation und Autonomie der Lernenden deutlicher ausgearbeitet werden. Dies gilt vor allem für die metakognitiven Kompetenzen mit Blick auf den Umgang mit Propaganda und sonstiger politischer Information verschiedenster Provenienz (Inhaltsfeld 5).

5. Verstoß gegen den Beutelsbacher Konsens

Im Kernlehrplan wird die Auseinandersetzung mit Wirtschaftspolitik weitgehend auf ein rein abbilddidaktisches Lernen der „sozialen und freien Marktwirtschaft“ begrenzt. Andere Wirtschaftstheorien und Modelle finden keine Erwähnung. Dem internationalen Diskurs in der Wirtschaftswissenschaft muss hier besser Rechnung getragen werden.

Die mangelnde pluralistische Betrachtungsweise ist mit den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens¹, mit dem Kontroversitätsgebot und mit dem Gebot der Wissenschaftsorientierung nicht vereinbar.

Forderung

Die Fähigkeit, kritisch reflektierte Urteile bilden zu können, ist eine Grundvoraussetzung für Mündigkeit, die im Kernlehrplanentwurf als zentrales Bildungsziel des Faches festgelegt ist. Ein abbilddidaktisches Vorgehen mit Blick auf die Wirtschaftsordnung und ökonomische Globalisierung ist der Kompetenzentwicklung nicht förderlich.

Die DVPB NW fordert, dass im Kernlehrplan nicht nur die soziale und freie Marktwirtschaft thematisiert wird, sondern weitere Wirtschaftstheorien, die die Pluralität des Diskurses in der Wissenschaft und in der politischen Debatte spiegeln.

² Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. FES-Studie, online: <http://library.fes.de/pdf-files/fes/15213.pdf>.

In der vorliegenden Stellungnahme wird nur ein Bruchteil der Aspekte thematisiert, die seitens der DVPB NW als besonders diskussionswürdig und kritisch erachtet werden. Für ein Gespräch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Für den Vorstand der DVPB NW

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen